

Initiative will dem „Spielraum Grenzen setzen“

Bauausschuss der Gemeinde Kreuzau diskutiert über die **Anträge der Bürgerinitiative**. 30 Zuhörer folgen der Sitzung im Rathaus. Keinen Beschluss gefasst.

VON SARAH MARIA BERNERS

Kreuzau. „Auf die Firma bin ich nicht sauer. Sie hat den Spielraum, den man ihr gelassen hat, genutzt“, sagte Karl-Heinz Kern, Sprecher der Initiative „Saubere Luft“, nach der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses. Sauer hingegen sei er auf Gemeinde und Politik, die dafür verantwortlich seien, und auf die Bezirksregierung, die die Einhaltung von Grenzwerten nicht kontrolliere.

Vorausgegangen war eine anderthalbstündige Diskussion über die Niederauer Mühle und den Vorschlag der Verwaltung, mit der Firma einen städtebaulichen Vertrag zur Vermeidung steigender Umweltbelastungen abzuschließen. Die Verwaltung hält einen solchen Vertrag für zielführender. Die Initiative fordert in ihren Anträgen, den Bebauungsplan zu ändern und eine Veränderungssperre zu erlassen, um weitere Belastungen für die Bürger zu verhindern. Von einem Vertrag, zu dem die Niederauer Mühle bereit wäre, hält sie nichts. Mit 30 Personen war die Initiative zur Sitzung gekommen.

Auch die Politiker diskutierten den Verwaltungsvorschlag kritisch. Ein Knackpunkt ist die Kündigungsfrist. Wenn die Firma den Vertrag jederzeit kündigen könne, nütze er nichts, so der Tenor. Baudezernent Siegfried Schmöhl verdeutlichte, dass Details verhandelt, juristisch ausgearbeitet und

den Politikern vorgelegt würden.

Die Substanz des Vertrages ist den Fraktionen für die Entscheidung wichtig. Astrid Hohn, Fraktionsvorsitzende der Grünen, kritisierte, dass zum Beispiel die vorgeschlagene Vereinbarung, keine weitere Papiermaschine zu bauen, nur eine Hülle sei. Damit sei nicht erfasst, ob die Firma ihre Kapazitäten mit einer Modernisierung erweitern könne. Die Bürgerinitiative fordert eben diese Begrenzung der Produktionsmenge sowie der Feuerungswärmeleistung.

Schmöhls Angaben zufolge plant die Firma einen Antrag auf Erhöhung der Wärmeleistung der Öfen. Die genehmigte Leistung reiche der Firma „trotz eigener Annahmen nicht aus, um beide Papiermaschinen gleichzeitig zu betreiben“. Die Festsetzung einer Megawattzahl in einem Bebauungsplan hält Schmöhl für juristisch bedenklich, ebenso wie eine Limitierung der Produktionsmenge.

Ingo Eßer, Fraktionsvorsitzender der CDU, regte ein Rechtsfachtgutachten an, das die Möglichkeiten des Bebauungsplanes und des Vertrages aufzeigt. Die Änderung des Planes würde die Gemeinde nach eigenen Angaben 100 000 Euro kosten. Die müsse man in die Hand nehmen, wenn dies die bessere Lösung sei, sagte Esser. „Das darf kein Totschlag-Argument sein“, betonte SPD-Fraktionschef Rolf Heidbüchel. Einen Beschluss fasste der Ausschuss nicht.